der WELLENBRECHER

DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG

Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE.Nordwestmecklenburg — Ausgabe 21 - Nr. 4 / 2014

Gegen den Kurs der Koalition

Unsere grundsätzliche Kritik an Schäubles Haushaltspolitik - aus der Bundestagsdebatte berichtet Dietmar Bartsch Seite 4

Vom Versagen deutscher Eliten 1914

Was hat die Völker bewogen, mit einer bis dahin unvorstellbaren Brutalität aufeinander loszugehen? Seite 6

Die neue Kreistagsfraktion hat sich konstituiert: Fraktionsvorsitzender ist erneut Björn Griese aus Warin. 1. Stellvertreterin ist Renate Lüders aus Wismar und 2. Stellvertreter Michael Heinze aus Schönberg.

Zwei Kreistagssitzungen waren notwendig

Der Kreistag musste diesmal eine zweigeteilte Konstituierung absolvieren – Teil 1 am 2. Juli und Teil 2 am 9. Juli.

Am 2. Juli wurde Klaus Becker (CDU) zum Kreistagspräsidenten gewählt. Seine Stellvertreter sind Christian Albeck (SPD) und Luise Krüger (DIE LINKE). Es haben sich insgesamt 6 Fraktionen gebildet: CDU mit 18 Sitzen, SPD mit 15 Sitzen, DIE LINKE mit 11 Sitzen, LUL mit 5 Sitzen, Grüne/Liberale/Familie mit 5 Sitzen und AfD/Freie Wähler mit 4 Sitzen. Zudem befinden sich 2 NPD-Mitglieder und ein Pirat im Kreistag. Nennenswert ist die Tatsache, dass sich die FDP-Mitglieder „getrennt“ haben. Jörg Autrum aus Brüsewitz hat sich der Fraktion LUL angeschlossen und der Landesvorsitzende René Domke aus Wismar hat mit den Grünen und der Rentnerpartei eine Fraktion gebildet.

Die Erklärung der demokratischen Fraktionen und Kreistagsmitglieder zum Umgang mit der NPD im Kreistag, welche vor der Sitzung unterzeichnet wurde, trug übrigens die AfD nicht mit. Das ist ein klarer Hinweis auf ihre politische Verortung auch in Nordwestmecklenburg.

Mittlerweile stellt DIE LINKE auch zwei Ausschussvorsitzende: Judith Keller aus Roggendorf im Jugendhilfeausschuss und Renate Lüders im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit.

Renate Lüders und Björn Griese vertreten die Fraktion im Kreisausschuss, Gabriele Sauerbier und Sandra Montag (sachkundige Einwohnerin/sE) im Rechnungsprüfungsausschuss, Sigrid Sandmann und Thomas Konieczny (sE) im Finanzausschuss, Volkmar Schulz und Thomas Baudis im Bau- und Umweltausschuss. Roy Rietentidt (sE) nimmt den zweiten Platz im Sozialausschuss ein und Joachim Wölm im Jugendhilfeausschuss. Im Bildungsausschuss sind für die Fraktion Simone Oldenburg und Gabriele Sauerbier, im Wirtschaftsausschuss Michael Heinze und Reinhardt Sieg.

Die neue (hier nur halbe) Kreistagsfraktion bei ihrer konstituierenden Sitzung in der Wismarer Geschäftsstelle

Weitere Gremien möchte ich hier nicht aufzählen. Jedoch waren sich die Fraktionen einig, dass nach ausführlicher Diskussion im Herbst Änderungen der Geschäftsordnung und Hauptsatzung beschlossen werden sollten. U.a. soll ein weiterer Ausschuss für Wirtschaft und Umwelt gebildet werden.

Im zweiten Teil der Tagung eine Woche später wurde „lediglich“ die neue Landrätin, Kerstin Weiss (SPD), ernannt. Diese hielt eine engagierte Rede, wobei mir besonders ihre Bekenntnisse zum Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform, für die Qualifizierung des Nahverkehrsplans und die Standardsicherung in den Bereichen Soziales, KiTa und Jugendhilfe gefallen haben. Auch der Wille, die Kreisumlage nicht zu erhöhen, wurde geäußert. Wir werden sehen, was davon alles realistisch ist.

Nach der Ernennung von Frau Weiss wird nun zeitnah eine Neubesetzung der frei gewordenen Stelle der 2. Beigeordneten folgen müssen. Auch die Vergabe der IT-Dienstleistungen muss demnächst entschieden werden. Leider scheint die CDU bei beiden Themen eigene Interessen zu verfolgen, so dass der erste Kreisausschuss diese Punkte vertagen musste.

DIE LINKE wird hier und bei anderen Themen die Interessen der Menschen an einer funktionierenden Verwaltung, mit dem Augenmaß für finanziell vernünftige Lösungen, vertreten. Im Oktober möchten wir gern zusammen mit dem Kreisvorstand in Klausur gehen, um uns abzustimmen, was die Schwerpunkte für die kommenden Monate und Jahre für DIE LINKE in Nordwestmecklenburg sind.

Björn Griese
Fraktionsvorsitzende

Stadtvertretung Grevesmühlen konstituierte sich

Am 13.06.2014 fand die konstituierende Sitzung der neuen Stadtvertretung Grevesmühlens statt. DIE LINKE konnte das Wahlergebnis der letzten Wahl verteidigen und ist wieder mit 5 Abgeordneten vertreten. Das sind: Elvira Kausch (Fraktionsvorsitzende), Roland Siegerth (Stellv.), Marlies Scholz, Volkmar Schulz und Jürgen Bühring. Thomas Pagels, Petra Strübing und Heyko Brandt werden als sachkundige Einwohner die Arbeit der Fraktion in den Ausschüssen unterstützen.

Die Fraktion der LINKEN in der Stadtvertretung Grevesmühlen: Roland Siegert, Elvira Kausch, Jürgen Bühring, Marlies Scholz und Volkmar Schulz.

Zum Stadtpräsidenten Grevesmühlens wurde Dr. Udo Brockmann (CDU) gewählt. Für die Funktion des 2. Stellvertreters kandidierte Marlis Scholz (DIE LINKE) und konnte mit 20 Ja-Stimmen das beste Ergebnis erzielen.

Unsere Kandidaten sind in allen Ausschüssen vertreten, jedoch wurde die Leitung des Kultur-und Sozialausschusses durch vorherige interne Absprachen zwischen CDU und SPD der SPD "zugewählt", obwohl sich im Vorfeld alle Abgeordneten über die Arbeit der vorherigen Vorsitzenden, Elvira Kausch (DIE LINKE) sehr lobend ausgesprochen hatten und diese erneut für den Vorsitz kandidierte.

In der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung konnte man erleben, dass sich CDU und SPD sehr herzlich zugetan sind und alle Absprachen in toller Harmonie erfolgten. Vorherige Gespräche mit der LINKEN scheint die SPD „vergessen" zu haben. Es wird also ganz sicher nicht leicht für unsere Abgeordneten werden, Mehrheiten für ihre Vorschläge zu finden. Dazu wünschen wir ihnen viel Erfolg und werden sie als BO Grevesmühlen bei allen Vorhaben unterstützen.

Helga Brauer
BO Grevesmühlen

Über 90.000 fordern Volksentscheid

30.000 Unterschriften fehlen noch für das Bürgervotum zur Gerichtsreform

Das Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform haben mittlerweile ca. 90.000 Einwohnerinnen und Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns unterzeichnet. Nötig sind jedoch 120.000 Unterschriften. Auch wenn es keine gesetzliche Frist gibt, so soll im Herbst mit der Umsetzung der „Reform" begonnen werden.

Habt Ihr schon alle unterschrieben? Habt Ihr schon mal im Verwandten- und Bekanntenkreis nachgefragt? Kommen am Infostand in Grevesmühlen, Gadebusch oder Wismar noch mehr Unterschriften als bisher zusammen? Bitte überlegt noch mal!

Prüft bitte, ob ihr schon alles getan habt oder es noch Möglichkeiten gibt, weitere Unterstützerinnen und Unterstützer zu erreichen, damit diese unsinnige Reform gestoppt wird und Grevesmühlen sein vollwertiges Amtsgericht behält.

Danke!

Björn Griese

Demokratie als Variable

In den USA und in Westeuropa huldigt man der Demokratie wie einem heiligen Schrein. Man nutzt sie als Kriegsgrund und tötet Menschen, um die Demokratie auch anderen Völkern teilhaftig werden zu lassen.

Doch mit der Demokratie scheint das so eine Sache zu sein. In der Theorie wird sie als eine Entscheidung der Mehrheit über eine Minderheit benannt. In Syrien und der Ukraine ist das nun aber wohl anders.

Da stimmen auf der Krim bei einer Wahlbeteiligung über 80% mehr als 96 % für einen Anschluss an Russland. Das wird aber als völlig undemokratisch bezeichnet.

Ebenso undemokratisch sind Abstimmungsergebnisse in der Ostukraine. In den Regionen Donetzk und Lugansk stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 75% bis 80% mehr als 90 bzw. 96 Prozent der Einwohner für eine Selbständigkeit.

Undemokratisch und daher ungültig war natürlich auch die Wahl des syrischen Präsidenten Assad. Die USA und ihre Gefolgsleute haben außerhalb des Landes eine syrische Regierung gewählt. Nur diese wird zur rechtmäßigen erklärt und anerkannt.

Es scheint, dass Demokratie ein variabler Begriff geworden ist, der nach den jeweiligen Interessen der USA unterschiedlich genutzt wird.

Das entspricht allerdings auch dem Selbstverständnis der USA. Obama hatte bei seiner diesjährigen Rede in der West Point Akademie vor den Offiziersanwärtern erklärt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Ausnahmestellung haben und alles gerechtfertigt ist, was sie tun.

Bei einem der früheren Imperatoren hieß das so: „Was scheren mich Gesetze. Ich bin das Gesetz!"

In der Ukraine inszenierten die USA einen Putsch. (Victoria Nuland, stellv. US-Außenministerin bestätigte, dass die USA 5 Mrd. Dollar in den Regimewechsel der Ukraine investiert haben). Der demokratisch gewählte Präsident wurde gestürzt und auch Faschisten kamen in die Regierung.

Von einem Teil der Ukrainer wurde ein neuer Präsident gewählt, der nun mit Bomben, Granaten und Raketen den Teil seiner Bevölkerung demokratisiert, der ihm seine Stimme versagt hatte. Ist das Demokratie auf Amerikanisch?

Eine Vielzahl von Indizien weist darauf hin, dass die US Botschaft in Kiew als Leitzentrale für alle Aktivitäten und Entscheidungen fungiert.

Alle Bemühungen von Russland und der EU zu einer friedlichen Lösung wurden bisher unmöglich gemacht durch die Forderung nach einer vollständigen Kapitulation der Separatisten.

Der zunehmende Beschuss russischer Grenzregionen, der zum ersten Toten führte, zeigt, dass es weniger darum geht, in der Ukraine Demokratie durchzusetzen, sondern möglichst ein direktes militärisches Eingreifen Russlands zu provozieren. Dann wird die EU eher zu Sanktionen bereit sein.

Von Horst Neumann

„Danke Frau Ribbentrop": Ukrainer bedanken sich auf Facebook bei Bundeskanzlerin

Fanatische nationalistische Ukrainer hatten zu einem bösartigen-Flashmob gegen die Facebook-Seite von Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgerufen, weil sie und Putin die ukrainische Regierung zum Dialog mit den Separatisten aufgefordert haben.

Mit der Verunglimpfung Angela Merkels als "Frau Ribbentrop" spielen die proukrainischen Spammer auf den Nazi-Außenminister Joachim von Ribbentrop an, der im August 1939 in langen Verhandlungen den Hitler-Stalin-Pakt vorbereitete.

Eine sachorientierte Zusammenarbeit ist mir sehr wichtig

Gastkolumne von Landrätin Kerstin Weiss

Vor wenigen Tagen hat meine siebenjährige Amtszeit als Landrätin des schönen Landkreises Nordwestmecklenburg begonnen. Der Tag meiner Ernennung hat mich sehr berührt. Ich darf dort Landrätin sein, wo die Seele lächelt...

Ich werde mein Amt unabhängig und unparteiisch wahrnehmen. Der Blick nach vorn ist mir wichtig. Ich trete mein Amt mit aufgekrempelten Ärmeln an, sehe den Aufgaben entgegen und reiche jedem, der es ehrlich und aufrichtig meint, die Hand.

Ich hatte so viele herzliche Begegnungen während des Wahlkampfes und es gab ganz viele Möglichkeiten, dass zu tun, was ich eigentlich am liebsten mache: bei den Menschen sein, nah dran an den alltäglichen großen und kleinen Sorgen und den Nordwestmecklenburger Themen, die so vielfältig und bunt sind. Ich danke meinen Wählern sowie allen, die mich auf die verschiedenste Weise unterstützt haben und allen, die mit der Organisation und Durchführung der Wahl betraut waren wie beispielsweise die zahlreichen Wahlhelfer.

Mir ist es aber auch wichtig, auf diejenigen zuzugehen, die mir bisher nicht vertrauten und diejenigen zu erreichen, die gar nicht wählen waren. Nichtwählen ist wirklich die denkbar schlechteste aller Alternativen, denn Demokratie muss von möglichst vielen gelebt werden. Meine Erfahrung ist: Die Menschen haben ein Interesse an Politik, wenn sie als Dienst am Gemeinwohl verstanden wird.

Mit den demokratischen Kreistagsmitgliedern möchte ich eine vertrauensvolle und vor allen Dingen den zu lösenden Problemen dienliche Zusammenarbeit pflegen und über Parteiengrenzen hinweg um die besten Lösungen in den anstehenden Fragen in Nordwestmecklenburg ringen, immer fair und sachlich. In diesem Zusammenhang freue ich mich sehr auf die Zusammenarbeit mit der Fraktion „DIE LINKE“ und ich bin mir sicher, dass uns viele Themen verbinden werden.

Als anstehende Entscheidungen in den kommenden Monaten und Jahren möchte ich u.a. nennen:

- Gestaltung eines wirklichen öffentlichen Personennahverkehrs,
- Wiedererlangung eines ausgeglichenen Haushaltes,
- möglichst keine weitere Steigerung der Kreisumlage und damit keine zusätzliche Belastung der Städte und Gemeinden des Landkreises,
- Einsparungen dort, wo sie nötig und möglich sind, aber keine weitere Kürzung der Mittel im sogenannten freiwilligen Bereich,
- Aufstellung einer neuen Schulentwicklungsplanung,
- immer ausreichende Kinderbetreuung,
- die Bekämpfung des Fachkräftemangels in allen wirtschaftlichen Zweigen inkl. Landwirtschaft,
- weitere Senkung der Arbeitslosigkeit,
- Errichtung des Anbaus an die Rostocker Str. 76 und Konzentration der Kreisverwaltung in Wismar auf diesen Standort bei gleichzeitiger voller Auslastung der Malzfabrik in GVM;
- die Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Nordwestmecklenburg.

Dafür ist eine moderne, flexible und bürgernahe Verwaltung ebenso wichtig wie eine Verwaltung, die nach Recht und Gesetz handelt. Das ist selbstverständlich. Eine Verwaltung, die aber auch dort Ermessen ausübt, wo sie Ermessen hat. Wir als Verwaltung sind für die Bürger, die Unternehmen und Einrichtungen da, und nicht umgekehrt.

Als eine meiner ersten Amtshandlungen werde ich eine zentrale Beschwerdestelle einrichten und zwar im Büro der Landrätin.

Lassen Sie es uns gemeinsam anpacken.

Ihre Kerstin Weiss

DIE LINKE fordert „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“

„Auf den Anfang kommt es an!“, darin sind sich sicherlich alle am Bildungsprozess Beteiligten einig, wenn stets die besondere Bedeutung der ersten Schuljahre hervorgehoben wird.

Denn gerade den Lütten das Lesen, Schreiben oder Rechnen, manchmal sogar nur das Zuhören beizubringen, ist eine ganz besondere Leistung. Sie ist genauso besonders wie die Leistung, einen Schüler zur Berufsreife, zur Mittleren Reife, zum Abschluss der Förderschule oder zum Abitur zu führen.

Keine der weiterführenden Schulen, keine Lehrerin oder Lehrer könnte die Schülerinnen und Schüler auf den weiteren Weg begleiten, wäre der Anfang nicht getan.

Wie stolz sind die Mädchen und Jungen, wenn sie die ersten Buchstaben schreiben können.

Und diesen Stolz muss Mecklenburg-Vorpommern auch auf diejenigen übertragen, die die ganz Kleinen ganz groß rausbringen.

Diejenigen, die ihnen mühevoll beibringen, dass es besser ist, in der Pause zu spielen als im Unterricht, diejenigen, die den Mädchen und Jungen das Alphabet und die Malfolgen umsichtig und dauerhaft lehren, genau auf diese Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer muss der Stolz übertragen werden. Denn diese bewundernswerte große Leistung darf nicht länger klein gehalten werden, sie muss anerkannt werden, nicht nur wortreich, sondern eben auch in der Vergütung.

Wir fordern die Landesregierung auf, diese Ungerechtigkeit in der Vergütung der Grundschullehrkräfte mit Beginn des kommenden Doppelhaushaltes zu beenden.

Es ist nämlich vollkommen egal, wie groß die Kinder sind, die eine Lehrkraft unterrichtet, jede und jeder trägt dafür eine gleich große Verantwortung.

Die erfolgreiche Wissensvermittlung, der Lernfortschritt muss der Maßstab der Vergütung sein. Und jeder Lernfortschritt ist gleich viel wert.

Egal, ob die Schülerinnen und Schüler diesen an der Grundschule, der Förderschule oder dem Gymnasium erzielen.

Wenn der Maßstab gilt, dass man nach dem Alter der Menschen vergütet wird, die man unterrichtet oder umsorgt, dann müssten Hebammen ja bei jeder Geburt noch Geld an die Krankenkassen zahlen oder Altenpflegerinnen und Altenpfleger müssten in ihrem Lohn schwimmen.

Dass nämlich genau diese derzeitige Vergütungsregel nicht funktioniert und nicht Gegenstand der Bezahlung von Arbeit sein kann, beweist der Umstand, dass Hebammen genau wie Altenpflegerinnen und Altenpfleger viel zu gering für ihre schwierige und verantwortungsvolle Arbeit bezahlt werden.

Jetzt muss das Land handeln, um diese Ungerechtigkeit nicht hinzunehmen, dann nimmt MV wirklich einmal eine Vorreiterrolle ein und die zahlreichen offenen Stellen an der Grundschulen werden zügig besetzt.

Von Simone Oldenburg
Mitglied des Landtages MV

Und wieder einmal ist eine tolle Woche vorbei! Wanderungen, Gesellschaftsspiele, Fußballspielen, Baden, Tischtennis-Turnier, Geo-Caching, Kistenklettern sind nur eine kleine Auswahl aus unserem erlebnisreichen Feriencamp-Programm.

Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA geplant

Das Bündnis TTIP Unfairhandelbar, dem ca. 50 NGO angehören, bereitet eine Europäische Bürgerinitiative gegen die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA vor. Damit soll die EU-Kommission aufgefordert werden, die TTIP-Verhandlungen zu stoppen.

TTIP unfair handelbar

Federführend bereiten derzeit die Organisationen Attac, Campact, Mehr Demokratie e.V., das Umweltinstitut München und der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) die EBI vor. Europaweit haben bereits über 100 Organisationen aus 17 Ländern ihre Unterstützung zugesagt, Tendenz täglich steigend. In Deutschland gehören dazu beispielsweise Brot für die Welt, der Deutsche Kulturrat und die GEW. Eine Unterschriftensammlung wird im September beginnen; und für den 11. Oktober ist ein bundesweiter Aktionstag gegen den Abschluss dieser Abkommen vorgesehen. Wir sollten uns daran beteiligen.

L. Tannhäuser

Herzliche Einladung...

...zu einer Veranstaltung der AG der Senioren der LINKEN am **24. September um 14.00 Uhr im Naturbad Schönberg.**

Das Landeskriminalamt informiert zu Fragen des Schutzes älterer Bürger vor Gefahren im persönlichen Leben

Die Veranstaltung wird umrahmt von Musikern des Polizei-Orchesters.

Dieses Thema ist sehr wichtig für alle älteren Mitbürger!

Günther Bruns

Gegen den Kurs der Koalition sind Widerstand und andere Politikkonzepte nötig – vor der Parlamentspause und danach.

Von Dietmar Bartsch
2. stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Am 23. Mai feierte der Bundestag den 65. Geburtstag des Grundgesetzes. Es sprach der Schriftsteller Navid Kermani. Dass er, nach eigenen Worten Kind iranischer Einwanderer und einer anderen als der Mehrheitsreligion angehörend, darum gebeten wurde, verdient höchsten Respekt. Kermani hielt eine große Rede von großem Geist und großem Mut. Der Redner sparte mit Anerkennung so wenig wie mit Kritik: Es werfe „kein so günstiges Licht auf das heutige Deutschland, wenn bei den Fernsehduellen vor der Bundestagswahl nach der Außenpolitik so gut wie nicht mehr gefragt wird oder ein Verfassungsorgan die Bedeutung der anstehenden Europawahl bagatellisiert, wenn die Entwicklungshilfe eines wirtschaftlich so starken Landes nicht einmal den Durchschnitt der OECD-Staaten erreicht – oder Deutschland von neun Millionen Syrern, die im Bürgerkrieg ihre Heimat verloren haben, gerade mal 10 000 aufnimmt."

© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Feierstunde des Deutschen Bundestages aus Anlass des 65. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Dr. Navid Kermani (Rednerpult) hält die Festrede.

In einer Zeit, in der hierzulande verantwortliche Politikerinnen und Politiker der ersten Reihe eine neue Rolle Deutschlands in der Welt einfordern und dabei das Militärische einschließen, erinnerte Kermani an Willy Brandts Kniefall von Warschau und folgerte daraus: „Dieser Staat hat Würde durch einen Akt der Demut erlangt."

Das waren ebenso notwendige wie seltene Worte in einem Haus, das von einer Großen Koalition dominiert wird, die die Lebensfragen dieser Gesellschaft nicht oder bestenfalls halbherzig anpackt. Rettungspakete für Assekuranzen und Großindustrie, die als Reform der Lebensversicherungen oder des Erneuerbare-Energien-Gesetzes daherkommen, inkonsequente Schritte bei Rente und Mindestlohn sind Beispiele für eine Politik, die nicht nach den Sternen, sondern in die Taschen der einfachen Leute greift.

Das war auch bei der jüngsten Haushaltsdebatte zu erleben. Gerade noch rechtzeitig vor der Sommerpause brachte der Finanzminister den Haushalt zur abschließenden Beratung ein – den für das laufende Jahr 2014 wohlgemerkt! Wolfgang Schäuble tat dies auf den Tag genau 19 Jahre nachdem Christo und Jeanne-Claude den Reichstag verhüllt hatten und versuchte auf seine Weise, den Bundestag einzuwickeln. Er verkaufte einen Haushalt, mit dem das Land auf Verschleiß gefahren wird, als Fahrplan in die Zukunft. DIE LINKE hat 209 Änderungsanträge in die Haushaltsdebatte 2014 eingebracht. Einiges wurde übernommen: Mehr Geld für die Stiftung für das sorbische Volk, das Technische Hilfswerk bekommt mehr Geld für die Ortsverbände, für Fahrzeuge und für die Ausbildung und die Mittel für Integrationsmaßnahmen wurden aufgestockt.

Unsere grundsätzliche Kritik an Schäubles Haushaltspolitik ist damit nicht vom Tisch. Die vielzitierte „schwarze Null" hat das Zeug, zum Unwort des Jahres zu werden. Schäuble lässt sich für dieses im kommenden Jahr angestrebte (!) Ziel ohne Ende feiern. Jene, die ihn dafür fast schon heilig sprechen wollen, sollten ein paar Dinge nicht übersehen:

Erstens gibt es im dem Haushalt für 2014 keine schwarze Null, sondern 6,5 Milliarden Euro neue Schulden.

Zweitens beträgt die Schuldenbilanz von Finanzminister Schäuble seit 2009 satte 112 Milliarden Euro. Drittens schließlich dürfen wir den gegenwärtigen absoluten Schuldenstand nicht außer Acht lassen: Laut Bund der Steuerzahler waren Bund, Länder und Gemeinden per 30. September 2013 mit 2.034 Milliarden Euro verschuldet. Pro Kopf sind das 25.286 Euro. Zum Vergleich: In dem Staat, der auch an seinen Schulden zerbrochen und vor 25 Jahren untergegangen ist, in der DDR, lag die pro-Kopf-Verschuldung bei etwa einem Zehntel dieser Summe.

Mit dem Bundeshaushalt 2014 werden wichtige gesellschaftliche Herausforderungen nicht angegangen und die Schere zwischen Arm und Reich nicht geschlossen. Im Gegenteil: Die Bundesregierung verzichtet auf Weichenstellungen für mehr Steuergerechtigkeit und für Einkommens- und Vermögensgerechtigkeit in Deutschland. Die Vermögensungleichheit ist im Euro-Raum nirgendwo größer als in Deutschland.

Dagegen sind Widerstand und andere Politikkonzepte nötig – vor der Parlamentspause und danach.

Traditionelle Vermietung von Ferienwohnungen muss erlaubt bleiben

Für Unruhe sorgte seit Monaten das Verbot der weiteren Vermietung von Ferienwohnungen in Wohngebieten, vor allem im Landkreis Rostock. Seit 2009 geht die Bauaufsicht des Landkreises Nordwestmecklenburg gegen die Vermietung vor.

Die Verunsicherung ist bei Gästen und Vermietern gleichermaßen groß. Jahrelang störte sich niemand daran, dass Einliegerwohnungen, Gästezimmer oder der Bungalow auf dem Grundstück gelegentlich an Feriengäste vermietet wurden. Das war jahrzehntelang üblich. In den Urlaubshochburgen war ausdrücklich gewollt, dass bei Neubau eines Wohnhauses auch eine Einliegerwohnung für die Gästevermietung eingeplant wird. Vielfach hing die Bankzusage für die Hausfinanzierung von der Auflage ab, Einnahmen aus Vermietung zu erzielen. Bisweilen wird das Maß jedoch überschritten, vor allem, wenn die Eigentümer ausschließlich vermieten und selbst nicht dort wohnen.

Daraus entstandener Nachbarschaftsstreit führte dazu, dass die Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern seit 2008 Ferienwohnungen als eigenständige Nutzung ansehen und nicht als Unterform des Wohnens oder Betrieb des Beherbergungsgewerbes. Seither gelten Ferienwohnungen in Wohngebieten – egal ob durch Bebauungsplan festgesetzt oder im unbeplanten Innenbereich – als unzulässig und sind faktisch über Nacht illegal geworden. Dumm nur, dass nur die Gerichte in unserem Land so urteilen. Obwohl die Baunutzungsverordnung bundesweit gilt, sehen andere Bundesländer es nicht so verbissen. Dort wird weiter geduldet, dass Dauerwohnen und Ferienwohnen nebeneinander stattfindet, solange alles im Rahmen bleibt. Zuallererst sind Wohngebiete natürlich zum Wohnen da und die Wohnruhe ist zu gewährleisten.

Aber es kann nicht sein, dass bereits ein Schild „zu vermieten“, ein Internet- oder Prospektangebot ausreicht, die Vermietung zu unterbinden. Anders sieht es aus, wenn Nachbarn sich (berechtigt) beschweren. Die Behörden haben ein Ermessen, sie können, müssen aber nicht eingreifen. Und sie müssen keineswegs den sofortigen Vollzug anordnen. Schon gar nicht vor oder mitten in der Urlaubssaison. Wir wollen erreichen, dass die Landkreise ihr Ermessen ausschöpfen und landesweit einheitlich vorgehen. Mindestens 5 Millionen Gäste übernachten in Mecklenburg-Vorpommern jährlich in privat vermieteten Ferienwohnungen und -häusern. Jeder Gast gibt laut einer Studie 68 Euro/Tag aus. Viele Vermieterinnen und Vermieter bessern ihre schmale Rente oder ihr Einkommen auf oder zahlen davon Kredite ab. Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk, Kulturschaffende und Verleih- und Servicedienste leben von den Gästen. Läuft die Verbotswelle rasant weiter, wandern die Gäste in andere Bundesländer ab, sind viele Menschen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht und würden viele Ferienwohnungen leer stehen. Denn die meisten dieser Wohnungen sind zum Dauerwohnen ungeeignet. Sie verfügen weder über Abstell- oder Kellerräume. Die Zimmer sind oft zu klein, um Möbel zu stellen und sich auf Dauer wohl zu fühlen. Mit dem Verbot der Vermietung von Ferienwohnungen ist die Wohnungsknappheit an bezahlbaren Wohnungen in den Urlaubshochburgen nicht zu lösen. Wirklich helfen kann nur soziale Wohnraumförderung des Landes und ein verantwortlicher Umgang mit kommunalen Wohnungen.

Weil die Verunsicherung auf allen Seiten groß ist und um weitere Imageverluste und wirtschaftlichen Schaden vom Tourismusland M-V abzuwenden, wollten die Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag im Mai mit einem Antrag ein landesweites Moratorium für vorhandene Ferienwohnungen in Wohngebieten und im unbeplanten Innenbereich erwirken. Nutzungsuntersagungen sollten ausgesetzt, Verfahren ruhen bzw. nicht eingeleitet werden. Das Wirtschaftsministerium soll den Kommunen Wege aufzeigen, wie sie, soweit sie es wollen, durch Änderung ihrer Bebauungspläne Ferienwohnungen legalisieren können. Das braucht Zeit, auch weil sich neue Kommunalvertretungen erst einen Überblick verschaffen und entscheiden müssen, ob und wie sie vorgehen. Auch die Änderungsverfahren brauchen Zeit. Ein Moratorium sollte diese Zeit verschaffen.

Mit dem Antrag wollten wir außerdem erreichen, dass Kommunen die Zweckentfremdung von Wohnraum steuern können. Bei Wohnungsnot sollte es möglich sein, Umnutzungen von Wohnraum zu verhindern. Und schließlich sollte das Land eine Initiative zur Änderung der Baunutzungsverordnung auf Bundesebene starten. Denn wirkliche Rechtssicherheit kann nur geschaffen werden, wenn eine begriffliche Klarstellung erfolgt, was als Ferienwohnung zählt und in welchen Baugebieten sie (ausnahmsweise) zulässig sind oder zugelassen werden können.

SPD und CDU erkannten die Brisanz dieses Themas, auch angesichts der seinerzeit unmittelbar bevorstehenden Kommunalwahlen. Während einer heftigen Landtagsdebatte schwenkten die Koalitionäre von anfänglicher Ablehnung des Antrages um zur Überweisung in den Wirtschaftsausschuss. Helmut Holter und Regine Lück gelang es, eine kurzfristig anberaumte öffentliche Anhörung durchzusetzen. Die Stellungnahmen und Vorträge der Sachverständigen hinterließen auch bei SPD und CDU Eindruck und die Einsicht, Vernunft walten zu lassen.

So kam es während der Landtagssitzung Anfang Juli zur öffentlichen Bekanntgabe einer von allen demokratischen Fraktionen getragenen Beschlussempfehlung. Diese Empfehlung ist ein Kompromiss, aber Abstriche sind besser als eine Ablehnung des Antrages, die niemandem hilft. Das Land soll eine Initiative zur Änderung der Baunutzungsverordnung starten. Ein Handlungsleitfaden an die Kommunen stellte das Wirtschaftsministerium vor den Sommerferien fertig, dieser bleibt aber hinter unseren Erwartungen zurück. Und es erging der Apell an die Landräte, eher zurückhaltender als zu forsch vorzugehen. Dem Landtag wird die Beschlussempfehlung im September vorgelegt. Dann wissen wir, ob die Feriensaison ruhig verlief und wo wir weiter gefordert sind.

Ute Spriewald, Referentin Landtagsfraktion DIE LINKE

Linksfraktion im EP geht gestärkt aus Europawahlen hervor

Künftig hat die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linke/Nordische Grüne Linke 52 Mitglieder

Die Linksfraktion im Europäischen Parlament verfügt künftig über mehr Mandate als in der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Das machte Gabi Zimmer am Mittwoch nach einer Fraktionssitzung gegenüber der Presse deutlich.

Gabi Zimmer, Vorsitzende der Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament, erklärte in Brüssel: "Wir freuen uns sehr über sechs neue linke Gruppierungen in unserer Fraktion. Wir begrüßen herzlich "PODEMOS" aus Spanien, "L'Altra Europa con Tsipras" aus Italien, die Tierschutzparteien aus den Niederlanden und aus Deutschland, "Bildu" aus Spanien und Luke "Ming" Flanagan, ein unabhängiger Abgeordneter aus Irland. Damit wächst unsere Fraktion um knapp 50 Prozent auf 52 Abgeordnete."

Gabi Zimmer weiter: "Zusammen mit diesen neuen linken Kräften werden wir denen eine starke Stimme geben, die in der EU nicht gehört werden. Wir wollen die Anlaufstelle für soziale Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften sein. Und wir streiten für wirkliche Alternativen zu dieser neoliberalen EU der Banken und Konzerne."

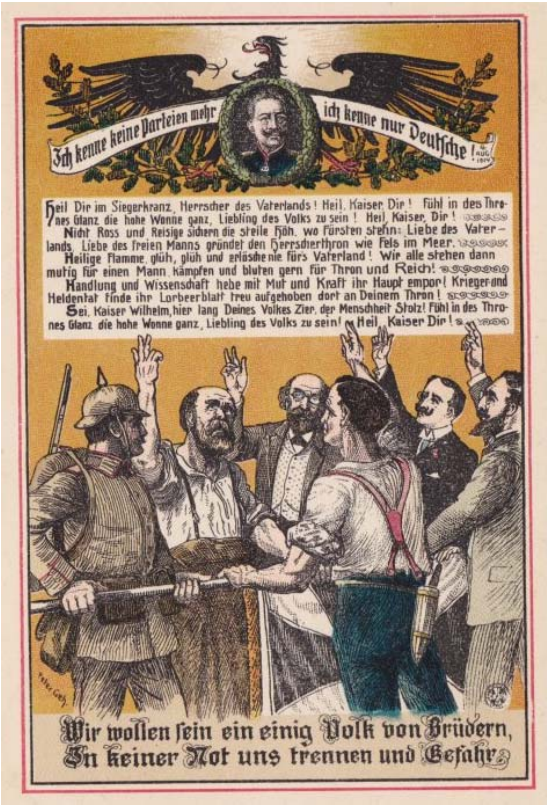
"Wir kämpfen für das sofortige Ende der unsozialen Kürzungsdiktate und die Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit. Wir stellen uns gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und stehen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben ihr Vertrauen in uns gesetzt. Wir werden sie nicht enttäuschen." so Zimmer abschließend.

Vom Versagen deutscher Eliten 1914

Als vor hundert Jahren der I. Weltkrieg begann, war das - nach Eric Hobsbawm – der Auftakt zum kurzen Zeitalter der Extreme. Mit dem Beginn des Gemetzels auf den Schlachtfeldern zerrissen auf einen Schlag alle zuvor geknüpften engmaschigen politischen und kulturellen Netzwerke, starb der europäische Kosmopolitismus. Was war es, was die Völker bewogen hat, mit einer bis dahin unvorstellbaren Brutalität aufeinander loszugehen? Ein wesentlicher Grund bestand zweifellos darin, dass der progressive Flügel der deutschen politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Eliten es nicht vermochte, hegemonial in die Gesellschaft zu wirken. Die völkisch-konservative Presse und eine vielgestaltige wilhelminische Vereinslandschaft – genannt seien neben anderen der Alldeutsche Verband, der Deutsche Wehrverein, Deutscher Patriotenbund, Deutscher Flottenverein, Deutsche Kolonialgesellschaft – hatten das Denken der Deutschen im Sinne eines hochfahrenden radikalen pangermanischen Nationalismus konditioniert, der auf Expansion der verspäteten Nation drängte.

Nur zwei Tage vor der deutschen Kriegserklärung an Russland traf sich das Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationale in Brüssel. Die Delegierten aus fast allen europäischen Ländern appellierten - getreu der Losung "Diesem System keinen Mann, keinen Pfennig"- an das Proletariat aller betroffenen Länder, sich dem drohenden Krieg zu verweigern. Nur wenige Tage später überstimmten die Massen in Deutschland mit der „Wacht am Rhein“ und mit „Heil dir im Siegerkranz“ das „Nieder mit dem Krieg!“. Die sozialdemokratischen Parteien der Länder, mit Ausnahme von Russland und Serbien, folgten dem Kurs ihrer Regierungen, die Idee der grenzüberschreitenden Solidarität der Arbeiterklasse war gescheitert. Mit dem Satz in seiner Thronrede „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ hatte Kaiser Wilhelm II mit Erfolg die nationale Karte gezogen. Am 3. August stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion – unter Fraktionszwang – den von der Regierung beantragten Kriegskrediten zu. „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht in Stich“, hieß es zur Begründung. Im Dezember, anlässlich einer erneut anstehenden Bewilligung von Kriegskrediten, brach dann Wilhelm Liebknecht aus der offiziellen Burgfriedenspolitik aus.

Der überbordende völkische Taumel zu Beginn des Krieges erfasste auch den größten Teil der das nationale Bewusstsein bestimmenden kulturellen Eliten. Ein Beweggrund mag die Fehleinschätzung gewesen sein, dass der Krieg auf die Beseitigung des unter Intellektuellen verhassten zaristischen Polizeistaats gerichtet sei. So schrieb der große Romancier Thomas Mann über den Kriegsausbruch: „Es war Reinigung, Befreiung, was wir empfanden, und eine ungeheure Hoffnung.“ In seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ versuchte er vergeblich, die Überlegenheit deutscher Kultur über die französische Zivilisation herauszuarbeiten. Und kein Geringerer als Gerhart Hauptmann verstieg sich in patriotischem Überschwang zu diesem prekären Elaborat: „Komm, wir wollen sterben gehen/In das Feld, wo Rosse stampfen,/wo die Donnerbüchsen stehen/und sich tote Fäuste krampfen. ...“ Und auch der für den Literaturnobelpreis gehandelte Peter Rosegger produzierte nach Kriegsausbruch eine erstaunliche Fülle nationalistischer Lyrik und gab die Parole aus: “Jetzt ist jeder von uns Soldat.“ – wobei er wusste, dass er mit 71 Jahren nicht mehr einrücken musste. Auch solch namhafte Schriftsteller wie Alfred Kerr, Robert Musil und Richard Dehmel bezogen ähnliche Positionen. Große Wirkung bei der literarischen Mobilmachung entfalteten auch die Werke von Walter Flex mit ihren zwischen mythischem Geraune und brünstigem Kitsch schwankenden Heldengeschichten. Die Stimmen der wenigen verbliebenen Kriegsgegner wie Heinrich Mann oder Hermann Hesse blieben im patriotischen Gedöns kaum vernehmbar.



Gewissermaßen symptomatisch war auch das Schicksal der auf gesellschaftliche Veränderungen drängenden Avantgarde in der bildenden Kunst, wie es sich am Beispiel der um den Münchener Blauen Reiter zusammengeschlossenen Maler manifestiert. Die Gruppe zerfiel mit Kriegsausbruch. Ihre deutschen Mitglieder meldeten sich freiwillig zum Kriegsdienst. Ihr prominentester Vertreter August Macke fiel schon im September an der Westfront, Franz Marc ereilte zwei Jahre später das gleiche Schicksal. Die russischen Mitglieder der Gruppe Kandinsky, Jawlensky und Werefkin wurden in ihr Heimatland ausgewiesen.

Auch die gut vernetzten und international in hohem Ansehen stehenden deutschen Hochschullehrer legten einen besonderen Eifer bei der Verteidigung des Vaterlands an den Tag. In einer von viertausend Hochschullehrern unterschriebenen „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ heißt es, dass Heer und Volk eins seien und dass das Heil von Europas Kultur vom Sieg der deutschen Waffen abhänge. Der

hohe Mobilisierungsgrad deutscher Akademiker drückt sich auch in Hunderten von Kriegsschriften, vaterländischen Kundgebungen, „Deutschen Reden in schwerer Zeit“ oder Grußbotschaften an die Studenten im Felde aus. Widerspruch gegen die entschiedene Parteinahme deutscher Hochschullehrer gab es kaum. Als der Mediziner G. F. Nikolai im Dezember 1914 versuchte, mit einem „Aufruf an die Europäer“ der Idee der Völkerverständigung Gehör zu verschaffen, scheiterte er, weil nur Albert Einstein und die Philosophen Otto Bueck und Friedrich Wilhelm Förster bereit waren, mit zu unterzeichnen.

Erst unter dem Eindruck der verheerenden Niederlagen und Millionen von Toten zeichnete sich ein gesellschaftlicher Sinneswandel ab. Als Ausdruck dafür mag die Reaktion des jungen Bertolt Brecht gelten, der 1917, als er am Gymnasium zum Aufsatzthema "Dulce et decorum est pro patria mori" schrieb: "Der Ausspruch, dass es süß und ehrenvoll sei, fürs Vaterland zu sterben, kann nur als Zweckpropaganda gewertet werden. Der Abschied vom Leben fällt immer schwer, im Bette wie im Schlachtfeld, am meisten gewiss jungen Menschen in der Blüte ihrer Jahre."

L. Tannhäuser

RLS-Veranstaltungen 2014 – Rück- und Ausblick

Im 1. Halbjahr...

organisierte der Freundeskreis acht Veranstaltungen, davon sechs in Wismar und je eine in Gadebusch und in Schönberg. Mit je zwei davon wandten wir uns ökonomischen, sicherheitspolitischen, ökologischen und literarisch-kulturpolitischen Themen zu.

In Zusammenarbeit mit dem Infocafé im Tikozigalpa wurden zwei Veranstaltungen auf die Vorbereitung des diesjährigen Ostermarsches ausgerichtet. Ein Vortrag zu ökologischen Fragestellungen wurde gemeinsam mit der evangelischen Kirche in Wismar durchgeführt; bei einem literarischen Abend kooperierten wir mit dem Volkskundemuseum Schönberg und die letzte Veranstaltung des Halbjahrs erfolgte in Kooperation mit Rohnstock Biografien.

Der Zuspruch war unterschiedlich; neben überdurchschnittlichen Besucherzahlen z. B. bei der Gemeinschaftsveranstaltung mit der ev. Kirche und zuletzt bei „Die Generaldirektoren. Jetzt reden wir“ gelang es uns mitunter nicht, genügend Interesse für unsere Angebote wecken; was gerade bei solch für die strategische Ausrichtung der LINKEN hochwichtigen Themen wie im Mai „Rotes Grün“ sehr bedauerlich war.

Für das 2. Halbjahr...

sind bisher sieben Veranstaltungen schon vereinbart, weitere haben wir im Visier. Zu den Feststehenden gehören zwei historisch-kulturpolitische, nämlich Autorenlesungen/-gespräche mit Uwe-Karsten Heye zu „Die Benjamins“ und „Hermann Kant. Nicht ohne Utopie“ mit Dr. Linde Salber – beide in Wismar. Zwei Veranstaltungen konnten wir mit dem führenden Krebsspezialisten der DDR Prof. Dr. Dr. Tanneberger vereinbaren, eine wird in Schönberg, eine in Wismar stattfinden. Interessant wird sicher auch sein, was Andreas Wehr unter „Der Europäische Traum und die Wirklichkeit“ nach der Eurowahl zu alternativen Vorstellungen über die Zukunft der EU zu sagen haben wird. Im Rahmen der Interkulturellen Woche im September zeigen wir in Kooperation mit der ev. Kirche in St. Nikolai in Wismar eine Ausstellung zum Thema „Sinti und Roma in Mecklenburg“. Und auch zu den anstehenden Jubiläen im Herbst wollen wir einen eigenen Beitrag leisten; vorbereitet ist ein Podiumsgespräch zum Thema „Friedliche Revolution – Mauerfall – Deutsche Einheit. Erreichtes und Unerfülltes“ mit vier in der Region verankerten Persönlichkeiten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Bei diesen schon feststehenden Veranstaltungen wird es sicherlich nicht bleiben; einiges ist schon im Gespräch und Wünsche und Anregungen sind selbstverständlich stets willkommen.

L. Tannhäuser

RLS-Regionalbüro Mecklenburg-Vorpommern
Augustenstr. 78
18055 Rostock
Telefon: (0381) 4900450
Fax: (0381) 4900451
Email: mv@rosalux.de
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Ratgeber in Sachen Kommunalpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Mitglieder des kommunalpolitischen forums,

die Wählerinnen und Wähler haben ihre Entscheidungen für die neuen Kommunalparlamente getroffen. Wir gratulieren den gewählten Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern ganz herzlich. Zugleich danken wir allen Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für die Kreistage, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie für Bürgermeisterämter vorschlagen ließen.

Eine neue Legislatur beginnt, erste Fraktionen haben sich konstituiert. Bei einem Blick auf die vergangene arbeits- und ereignisreiche Wahlperiode können wir stolz auf die Arbeit und das Engagement unserer kommunalen Vertreterinnen und Vertreter sein – ob als Mandatsträger, sachkundige Einwohner oder kommunale Wahlbeamte.

Ihr habt eine Vielzahl von klugen Vorschlägen in die Parlamente eingebracht. Eine Reihe von guten Ideen konnten auch umgesetzt werden. Die Arbeit der Fraktionen der LINKEN und der Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN war geprägt von Sachlichkeit und Konstruktivität. Dies wurde und wird nicht nur von vielen Bürgerinnen und Bürgern anerkannt, sondern auch von politischen Mitbewerbern, Bürgermeistern und Verwaltungen. Für dieses großartige Engagement danken wir Euch herzlich im Namen des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und des

kommunalpolitisches forum
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Vorstandes des Kommunalpolitischen Forums – ganz besonders auch bei den ausgeschiedenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, die zum Teil 25 Jahre in kommunaler Verantwortung waren und wesentlich zum Erfolg linker Politik beigetragen haben. Wir wollen sie künftig als Ratgeber bei schwierigen Entscheidungen nicht missen.

Nach den Strapazen des Wahlkampfes und der Kommunal- und Europawahl werden wir gemeinsam wieder in die Vollen starten – mit all unseren Erfahrungen und mit frischem Elan. Wir wollen die Gemeinden, Städte und Landkreise stärken und sie für alle Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv gestalten. Dafür lohnt es sich, unsere Kraft und unsere Kompetenzen einzubringen.

Wir, die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern, die Linksfraktion im Landtag und das Kommunalpolitische Forum MV e.V., werden Euch weiterhin unterstützen und verlässliche Partner sein – ob Ihr nun gewählter Kommunalvertreter, sachkundige Einwohner oder anderweitig kommunalpolitisch interessiert seid.

Schon heute möchten wir Euch vor allem auf den nächsten Parlamentariertag am 22. November 2014 in Neubrandenburg aufmerksam machen und darum bitten, diesen Tag in Eurem Kalender fest vorzumerken. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und einen regen Austausch mit Euch.

Mit solidarischen Grüßen
Heidrun Bluhm, Helmut Holter, Jeannine Rösler

INTERKULTURELLE WOCHE 2014

Im September findet deutschlandweit die von der Ökumene initiierte Interkulturelle Woche statt; in diesem Jahr steht sie unter dem Motto „Gemeinsamkeiten finden, Unterschiede feiern“. Wie in den Vorjahren schlossen sich in Wismar auch in diesem Jahr wieder mehr als ein Dutzend sehr verschiedenartiger Institutionen, Vereine und Initiativen zusammen, um mit jeweils eigenen Veranstaltungen ein Veranstaltungsprogramm zusammenzustellen, das einerseits dem Gemeinsamen der in einer Migrationsgesellschaft lebenden Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller und religiöser Prägung nachgeht, um Fremdenhass, Ungleichbehandlung und Diskriminierung vorzubeugen. Andererseits sollen bestehende Unterschiede als gegenseitige Bereicherung herausgestellt und gefeiert werden.

Flyer, Plakate und Tagespresse werden auf die in der Zeit vom 12. bis 28. September stattfindenden Veranstaltungen unterschiedlichen Charakters hinweisen. Sie reichen von einem zu Begegnungen einladenden Gottesdienst, über Filmvorführungen, Konzerte, unterschiedliche Begegnungen mit und für Migranten bis zu einer von der evangelischen Kirche sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam getragenen Ausstellung über Sinti und Roma in Mecklenburg. Ihre Eröffnung findet am Donnerstag, dem 18. September um 16 Uhr in der Nikolaikirche in Anwesenheit von Schülern statt, die an ihrer Erarbeitung beteiligt waren.

L. Tannhäuser

Fraktion in Gadebusch führt Sonja Weise

Auf der konstituierenden Sitzung der Fraktion DIE LINKE am 26. Juni wurde Sonja Weise als Fraktionsvorsitzende und Thomas Konieczny als stellvertretender Fraktionsvorsitzender gewählt.

Die Fraktion bestimmte ihre Kandidaten für die Ausschüsse der Stadtvertretung und für den Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft Radegasttal mbH (WGR).

Für DIE LINKE werden folgende Stadtvertreter und sachkundige Einwohner in den Ausschüssen tätig werden:

Hauptausschuss: *Sonja Weise, Thomas Konieczny* (Vertreter)

Amtsausschuss: *Luise Krüger*

Finanzausschuss: *Thomas Konieczny, Carmen Heitmann* (sE)

Ausschuss für Kultur und Soziales: *Thomas Konieczny*

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt: *Torsten Kuhligk* (sE)

Rechnungsprüfungsausschuss: *Luise Krüger*

Vertreter im Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft Radegasttal mbH (WGR): *Sandra Montag*

Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Juli und August 2014 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unseren Genossen Josef Hübler zum 93. Geburtstag. Genossin Luise Wunrau gratulieren wir zum 90. und Genosse Rolf Vettermann erhält Glückwünsche zum 88. Geburtstag. Genossin Gerda Rehberg und Genossen Günther Runge wünschen wir alle Gute zum 86. Auf 83 Jahre blicken Genossin Herta Behrendt und die Genossen Gerhard Bellgardt und Gerhard Bogs zurück und zum 82. gratulieren wir Genossen Helmut Bibow. Zum 80. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Genossin Henrika Luckmann und Genossen Siegfried Lange. Herzliche Glückwünsche zum 75. Geburtstag senden wir an Genossen Karl-Heinz Piehl und zum 65. gratulieren wir den Genossen Rainer Schwarz und Wolfgang Lüders. Zum 50. gratulieren wir Genossin Judith Keller und Genossin Kathrin Weigel sowie dem Genossen Olaf Hackbarth.

Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.

"Das Alter hat die Heiterkeit dessen, der seine Fesseln los ist und sich nun frei bewegt" *Arthur Schopenhauer*

10 Tage Politik live

Mein Name ist Pitt Konieczny und ich besuche die 10. Klasse des Gymnasiums in Gadebusch.

In dieser Klassenstufe müssen die Schülern ein zweiwöchiges Praktikum ableisten. Da ich mich stark für Politik interessiere habe ich mich, nach einer Unterhaltung mit meinem Vater, dafür entschieden, mich bei der Landtagsfraktion DER LINKEN im Schweriner Landtag zu bewerben.

Ich bewarb mich schriftlich bei dem Fraktionsgeschäftsführer, Herrn Röder, welcher mir ein Praktikum von 16.06.2014 bis 27.062014 zusicherte. Ich musste lediglich ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und es wurde mir am ersten Praktikumstag ein Hausausweis ausgestellt, der mir Zutritt im gesamten Landtagsbereich ermöglichte.

Während dieser Zeit war es mir erlaubt, an den Fraktionssitzungen, den Sitzungen der Arbeitskreise der Fraktion, in meinem Fall der AK Bürgerrechte, Demokratie, Innen- und Europapolitik (BDIE), sowie den Sitzungen der Landtagsausschüsse im Landtag (z.B. dem Innenausschuss, dem Finanzausschuss und dem Wirtschaftsausschuss) teilzunehmen.

Nach meinem Praktikum bot man mir an, an der Plenarsitzung am 03.07.2014 teilzunehmen. Dort ging es u.a. um das Legalisieren des Hissens der Regenbogenfahne vor öffentlichen Gebäuden. Die Regenbogenflagge steht mittlerweile weltweit für Toleranz, Weltoffenheit und ist ein Symbol der weltweiten Friedensbewegung. Daher war es für mich unverständlich, warum der Innenminister das Hissen der Fahne vor öffentlichen Gebäuden explizit untersagte und dieses in der Plenarsitzung auch noch verteidigte.

Alles in allem kann ich ein Praktikum in der Landtagsfraktion, DIE LINKE, politikinteressierten Schülern und Schülerinnen empfehlen, da man viel über die Parlamentsarbeit lernt und die Atmosphäre in der Fraktion sehr freundlich war und ich nie das Gefühl hatte, dass ich als Praktikant unerwünscht war.

Pitt Konieczny

In Wismar liegen noch viele Pakete abholbereit!

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband
DIE LINKE. NORDWESTMECKLENBURG
Am Schilde 7a, 23966 Wismar
Redaktion:
Sonja Bahlk, Helga Brauer, Björn Griese, Horst Neumann, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau und Frank Wuttke
Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 16.08.2014